



Befristete Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer zum 01/01/26

Vor der letzten Bundestagswahl wurde von einer Partei behauptet, die Abschaffung des Bürgergeldes würde eine Einsparung in 2-stelliger Milliardenhöhe bringen. Als sich das nach der Wahl als -ich will nicht Lüge sagen, nennen wir es- Fehleinschätzung, erwiesen hat, wurde die Begründung kurzerhand geändert. Der finanzielle Effekt wurde durch einen moralischen ersetzt: Es wurde nun vielmehr zur Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Wir sind bei den Zumutungen gegenüber der Bürgerinnen und Bürger und gegenüber den Beschäftigten ja erst bei den ersten Takten des Präludiums angekommen. Wenn es die soziale Gerechtigkeit nicht erfordert, diejenigen, die gut verdienen, etwas mehr zu belasten, was soll denn dann soziale Gerechtigkeit sein? Glaubt denn irgendjemand in diesem Gremium, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht merken, dass wir ihnen gegenüber Blut-Schweiß-und-Tränen Reden halten, während wir kleine, privilegierte Gruppen schonen?

Soziale Gerechtigkeit scheint bei manchen zu bedeuten, die Armen gegen die Ärmeren auszuspielen, die Reicheren aber zu schonen.

Wenn wir Bäume, sprich Stadtnatur schützen wollen, werden wir als Ideologen verunglimpft. Hier wird nun aber jenseits aller sachlichen Abwägungen das Dogma „keine Steuererhöhungen“ zelebriert. Ein Paradebeispiel für ideologisches Verhalten aus dem Lehrbuch.

Weil alle ihren Beitrag zur Konsolidierung des HH leisten müssen, stimmt die Grünen-Fraktion der Vorlage zu